

Pulsnitzer Wochenblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz. Bezirksanzeiger

und Zeitung Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der Bezüge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 3100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 3000.—; durch die Post monatlich M 3000.— freibleibend.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gepaltene Zeitzeile (Roffe's Zeilenmesser 14) M. 250.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 200.—. Antilige Zeile M. 750.—, und M. 600.—. Reklame M. 600.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraube und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontrahatsfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisenachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Leitungsblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Böllung, Großröhrschorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 62.

Sonnabend, den 26. Mai 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Mit Wirkung vom 1. Juni dieses Jahres ab sind die Beträge, um die sich der vom Arbeitslohn einzubehaltende Steuerabzugsbetrag ermäßigt, wie folgt neu festgesetzt worden:

	monatlich um je M	wöchentlich um je M	täglich um je M	für je Zangefangene oder volle Arbeitsstunden um je M
Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau	1200	288	48	12
Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind	8000	1920	320	80
Zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 des Einkommensteuergesetzes zulässige Abzüge (Werbungskostenpauschalys)	10000	2400	400	100

Die neuen Sätze finden Anwendung bei Vornahme des Steuerabzugs von jeder nach dem 31. Mai 1923 erfolgenden Zahlung von nach dem 31. Mai 1923 fällig gewordenem Arbeitslohn.

Ramenz, am 24. Mai 1923.

Das Finanzamt.

Tanzunterricht betr.

Die von den städtischen Kollegien erlassene Verordnung, den Tanzunterricht betr., hängt zur öffentlichen Kenntnisnahme und Beachtung im Hausflur des Rathauses bis auf weiteres aus.

Pulsnitz, den 24. Mai 1923.

Der Stadtrat.

Allgem. Ortskrankenkasse Pulsnitz.

Das Gesetz zur Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1./11. 1921 (Reichsgesetzbl. S. 1337) vom 14. Mai 1923 bestimmt, solange Krankenversicherungs-pflichtige infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnkürzungen erfahren, bleiben sie bei ihrer Kasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber kann ihnen nur die Beitragssätze abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden.

Die Gemeinde hat dem Arbeitgeber den auf ihn durch diese Vorschrift entfallenden Mehrbetrag zu erstatten.

Dieses Gesetz trat am 30. April 1923 in Kraft.

Pulsnitz, 24. Mai 1923.

Der Vorstand.

Hermann Vinkler, Vorsitzender.

Das Wichtigste.

Der deutsche Bauerntag 1923 findet in der Zeit vom 3. bis 5. Juni in Braunschweig statt.

Die Einführung der französischen Franken im Saargebiet als gesetzliche Währung ist mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ab beschlossen.

In der Nähe der Wartburg ist eine Gastwirtschaft von unbekanntem Ältern in die Luft gesprengt worden.

Der Kommunistenterror nimmt im Ruhrgebiet zu und hängt bereits an, auf die Reichshauptstadt überzugreifen.

Nach einer Sabotagemeldung aus Konstantinopel hat die Internationale Rheinlandkommission seit dem 18. Januar insgesamt 8222 Personen aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen.

Der Ministerpräsident von Norwegen Halvorsen ist im Alter von 51 Jahren gestorben.

Der Minister des Innern in Sofia hat eine Kommission aus hohen Beamten und Professoren ernannt, die einen Gesetzentwurf gegen die Spekulation ausarbeiten soll.

Der belgische Eisenbahnerausstand hat sich weiter ausgedehnt, jedoch die Regierung die Einberufung weiterer Eisenbahnertruppen beschlossen hat. Die Eisenbahnergewerkschaft hat den Minister ersucht, eine Delegation der Streikenden zu empfangen, die um Aufhebung der Disziplinarstrafen nachsuchen will. Die Unternehmer hatten beschlossen, die Streifen aufrechtzuerhalten.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug am 14. Mai 1.680.000, das sind 35.196 weniger als in der Vorwoche.

Nachdem sich der französische Senat in dem Verfahren gegen die Kommunisten Echin für unzulässig erklärt hatte, hat das gesamte Kabinett seine Demission eingereicht, die aber vorläufig vom Präsidenten der Republik nicht angenommen worden ist.

In der französischen Kammer begann am Dienstag die Aussprache über die Ruhrkredite, die voraussichtlich vier bis fünf Tage dauern wird.

Zwei holländische Rechtsanwälte stellen ihre Rechtshilfe für die von den französischen Kriegsgerichten verurteilten Deutschen zur Verfügung.

Aus dem Mühlheimer Bezirk wurden wieder 500 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen. Sie müssen ihr Mobiliar zurücklassen.

Monsignore Testa, der päpstliche Delegat für das Ruhrgebiet hat im Auftrag des Papstes dem Berliner städtischen Ajyl für Obdachlose 20000 Lire überwiesen.

Die Belagerer in Buer verweigern seit gestern allen Staats- und Kommunalbeamten, Lehrpersonen, Geistlichen, Pflegern usw. die Abkempelung der Pässe und damit die Ausreise ins unbesetzte Gebiet.

„Poincaree spielt mit dem Feuer.“

Der Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Gelsenkirchen, Sir Beach Thomas, berichtet zu den dortigen kommunistischen Unruhen, daß die deutschen Behörden hilflos waren, da keine Polizei und keine Soldaten vorhanden sind. Die Franzosen verhalten sich vollkommen passiv.

Der Sonderberichterstatter der „Times“, der sich ebenfalls persönlich nach Gelsenkirchen begeben hat

und mit den deutschen Kommunisten und ihrem Führer zusammengekommen ist, meldet, zahlreiche der Kommunisten sagen, daß die Franzosen ihre Freunde seien. Einer erklärte, daß die Franzosen die besondere Polizei (special constable) entwaffnet und am 23. 5. abends auf die Feuerwehre geschossen haben. Dies ist dem Berichterstatter später von verschiedenen Zeugen aus dem Mittelstand bestätigt worden, die, wie er schreibt, beschämt zugeben mußten, daß der bei der Plünderung der Häden begriffene Mod den französischen Truppen zugebete, die in einem Lastkraftwagen vorbeifahren, ohne dagegen einzuschreiten. Dem Berichterstatter zufolge ist ein Geist der Plünderung und Zerstörung losgelassen worden, der sich leicht über das Ruhrgebiet verbreiten könne. Die ganze Kurve hätte unterdrückt werden können durch wenige Polizisten oder Soldaten, aber die ersteren seien von den Franzosen ausgewiesen worden, die tatsächlich die Feuerwehre angegriffen zu haben scheinen.

„Westminster Gazette“ schreibt, der kommunistische Aufstand im Ruhrgebiet werde den Leuten, die den Lauf der Ereignisse verfolgt haben, keinerlei Ueber-raschung bereiten, außer, wenn man die Worte einiger französischer Publizisten ernstlich mißverstehen würde, die sogar noch schlimmere Manifestationen als die bereits erfolgten begrüßen würden. „Westminster Gazette“ fragt, welches die Stellung Frankreichs gegenüber diesem Aufstand sei? Frankreich bleibe augenblicklich, wie es heißt, neutral. Sicherlich müsse der französische Einwand gegen die Sicherheitspolizei und die dauernden französischen Besuche, die Verwaltungs-maschinerie des Ruhrgebietes zu untergraben, was auch immer die dabei verfolgte Absicht sei, tatsächlich Aufstände gegen die öffentlichen Behörden ermutigen. Sei es denn Frankreichs vorläufiger Wunsch, Deutschland in Anarchie zu stürzen? In den letzten Monaten habe man von seinen der französischen Regierung so viel erlebt, daß man nicht sicher sein könne, daß diese nicht vorsätzlich derartige Gefahren riskiere in der Hoffnung, dadurch einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben. Wenn dies die Auffassung Poincarees sei, so sei es zwecklos, ihn daran zu erinnern, daß er mit dem Feuer spiele. Es sei zu hoffen, daß die britische Regierung unverzüglich zu dieser Frage Stellung nehmen wird, die England so tief berührt.

fest statt. Die Gefänge der Gemeinschaftschöre zu Ramenz und Großröhrschorf, sowie die Klänge des Posaunenchores zu Dhorn werden das Fest verschönern helfen. Es ist hierzu jedermann herzlich eingeladen. Eintritt ist frei. Alles Nähere siehe in der Anzeige.

— (Polizeistunde.) Das Ministerium des Innern hat verfügt, daß die auf 1 Uhr vormittags einheitlich festgesetzte Polizeistunde auch für die Räume gilt, die im Eigentum geschlossener Gesellschaften stehen oder von ihnen ermieter sind.

— (Die Notlage der sächsischen Landeskirche) ist immer noch sehr schwer. Zahlreiche Pfarrstellen, die in letzter Zeit freigeworden sind, können aus Mangel an Mitteln nicht wieder besetzt werden. Viele Kirchenbeamte haben in andere Berufe übergehen müssen. Nicht wenige Gemeinden haben ihre Organisten verloren, weil sie die Gehälter nicht mehr aufbringen konnten. In dem ergebungsreichen sächsischen M. ist fast der gesamte kirchliche Besitz an Gebäuden, Grundstücken, ja sogar die kirchlichen Gefäße verpfändet worden. Eine große Zahl kirchlicher Gemeinbediakonen mußte eingezogen oder in andere Hände übergeben werden. In manchen Gemeinden mußten die Abendgottesdienste und andere regelmäßige Veranstaltungen abgebrochen werden. Von den 1500 Geistlichen Sachsens gehen über 300 auf Nebenberuf und führen oft unter übermenschlicher Anstrengung ihr Doppelamt durch. Manche Pfarrfrauen brechen unter der Meberlast an Arbeit durch den Mangel an häuslicher Hilfe körperlich und seelisch zusammen. Die von der „Sächsischen Pfarrhaushilfe“ (Leitung Pfarrer Spranger-Dresden) erhobene Statistik hat erschütternde Bilder der meist im Stillen getragenen Not der sächsischen Pfarrhäuser zutage gefördert. Die Ursache dieser Not liegt teils in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, teils und hauptsächlich in dem Verhalten der sächsischen Regierung und der hinter ihr stehenden Landtagsmehrheit. Zwar hat jetzt endlich nach langem Sträuben der sächsische Kultusminister die vom Reich bereitgestellten Darlehnsmittel für die Pfarrbesoldung angefordert, aber die Notlage der sächsischen Pfarren wird dadurch nur wenig gemindert, da diese Mittel bei weitem nicht ausreichen. Erst dann, wenn der sächsische Staat seinen Verpflichtungen gegen die Landeskirche nachkäme, wie dies in den anderen Landesteilen Deutschlands geschieht, d. h. wenn er die gesetzlichen Staatszuschüsse zur Pfarrbesoldung nicht in der Höhe der Friedensmehrwährung, sondern unter Berücksichtigung der Selbstentwertung zur Auszahlung gelangen lassen würde, könnte der schweren Notlage des Pfarrerstandes abgeholfen werden. Vorläufig aber lehnen Regierung und Landtagsmehrheit dies ab und darum geht die Not weiter.

— (Die Schnellzugzuschläge) betragen vom 1. Juni 1923 ab: in der 3. Klasse in der 1. Zone (1—75 km) 1000 M., in der 2. Zone (75—150 km) 2000 M., in der 3. Zone (über 150 km) 3000 M., in der 2. Klasse 2000, 4000 und 6000 M., in der ersten Klasse 4000, 8000 und 12000 M.

— (Veränderungen bei der Landgen-darmerte.) Im Bereiche der sächsischen Landgen-darmerte wurden die bisherigen Gendarmerebezirke zu Baugen, Großröhrschorf, Pulsnitz, Zittau, Schö-nau, Grana, Züsch, Frankenberg, Dederan (I+II),

Derliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Parl. Feil.) Morgen Sonntag, den 27. Mai, nachmittag 1/4 4 Uhr, findet in dem herrlichen Schloßpark zu Pulsnitz ein Grillisches Part.